Ressort: Technik

Internetverband kritisiert Digitalpolitik der Bundesregierung

Berlin, 21.12.2018, 05:00 Uhr

GDN - Der Verband der Internetwirtschaft Eco zieht mit Blick auf die Digitalpolitik der Großen Koalition eine durchwachsene Bilanz. Zwar würden sowohl die Strategie zur Künstlichen Intelligenz (KI) als auch die "Umsetzungsstrategie Digitalisierung" der Bundesregierung "richtige Schlaglichter auf aktuelle Herausforderungen im Kontext der digitalen Transformation", sagte Eco-Vorstandschef Oliver Süme dem "Handelsblatt" (Freitagausgabe).

Aber beide Papiere enthielten nur eine Sammlung nicht miteinander verbundener Initiativen und Einzelmaßnahmen. Zudem fehle aufseiten der Politik nach wie vor an einem "ganzheitlichen Verständnis der entscheidenden Faktoren und Zusammenhänge des Ökosystems Digitalisierung". Als Beispiel nannte Süme das Thema digitale Infrastrukturen. Diese seien mehr als schnelle Netze und 5G. "Künstliche Intelligenz basiert im Wesentlichen auf großen Datenmengen, die in Echtzeit verfügbar sein müssen und über bandbreitenintensive Anwendungen verarbeitet werden", so der Eco-Chef. Das geschehe idealerweise in hocheffizienten, leistungsstarken und sicheren Rechenzentren. "Diese werden allerdings in Umsetzungs- und KI-Strategie der Bundesregierung nicht mal erwähnt." In einem Bilanzpapier, über das das "Handelsblatt" (Freitagausgabe) berichtet, warnt der Verband zudem vor falschen Regulierungsansätzen bei Künstlicher Intelligenz, beispielsweise wenn es darum geht, die Anforderungen für den Betrieb von autonomen Systemen in Einklang mit den verschiedenen Rechtsbereichen zu bringen. "Diskussionen um einen Algorithmen-Tüv zeigen hier, dass das Risiko, den falschen Weg zu beschreiben, sehr hoch ist", heißt es in dem Papier. Der Verband äußert zudem die Sorge, dass die Digitalisierung "in Regierungsgremien versickern" könnte. Die zentralen Fragen rund um das Thema bedürften einer "Politik aus einem Guss", heißt es in dem Papier. Dennoch habe die Bundesregierung nicht das von vielen Experten geforderte Digitalministerium eingerichtet. Wichtig sei daher, dass Regierung und Bundestag auch gesetzliche Weichenstellungen für die digitale Wirtschaft treffen. Der Koalitionsvertrag enthalte in dieser Hinsicht "viele politische Forderungen, die für die Relevanz digitaler Themen sprechen".

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-117315/internetverband-kritisiert-digitalpolitik-der-bundesregierung.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619